

Senatskanzlei • Postfach 10 25 20 • 28025 Bremen

Bahnlärminitiative Bremen  
Herrn Ruffler  
Roonstraße 73  
28203 Bremen

T (04 21) 3 61 2204  
F (04 21) 3 61 6363  
E-Mail  
Office@sk.bremen.de

Datum und Zeichen  
Ihres Schreibens  
15.01.2013  
Geschäftszeichen  
(bitte bei Antwort angeben)  
25  
Bremen, 19.02.2013

## **Sofortige Abschaffung des Schienenbonus**

Sehr geehrter Herr Ruffler, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 15.01.2013, in dem Sie mich bitten, im Bundesrat für die sofortige Abschaffung des Schienenbonus einzutreten.

Ich stimme mit Ihnen darin überein, dass der Schienenbonus nicht mehr zeitgemäß ist. Vor diesem Hintergrund hat Bremen den Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Abschaffung des Schienenbonus grundsätzlich begrüßt, allerdings ist der Umsetzungszeitraum zu lang gefasst. Bremen hat daraufhin die Bundesratsbefassung genutzt, um die Abschaffung gegenüber dem Vorschlag der Bundesregierung zu beschleunigen und auszuweiten. Frühzeitig wurde in Abstimmung mit weiteren Bundesländern ein Antrag im Umweltausschuss des Bundesrates eingebracht, der die sofortige Abschaffung unabhängig vom Schienenwegeausbaugesetz vorsah und dem Bundesrat empfahl, in dieser Angelegenheit den Vermittlungsausschuss einzuberufen.

Am 1. Februar 2013 hat der Bundesrat getagt und unter TOP 15 über den Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Abschaffung des Schienenbonus beraten. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung entschieden, das Gesetz der Bundesregierung abzulehnen und

den Vermittlungsausschuss anzurufen. Die Länder haben damit deutlich gemacht, dass der Vorschlag der Bundesregierung nicht weitreichend genug ist. Im Vermittlungsausschuss wird nun mit Mitgliedern des Bundestags und des Bundesrates versucht, einen für beide Seiten akzeptierbaren Vorschlag zur Abschaffung des Schienenbonus zu erarbeiten.

Sehr geehrter Herr Ruffler, noch ist der Schienenbonus existent, aber ich bin überzeugt, dass dieser bald der Vergangenheit angehört. In diesem Zusammenhang muss dann auch das Lärmvorsorgeprogramm des Bundes finanziell aufgestockt werden, um die Lärmsanierung ohne Schienenbonus zügig mit dem Ziel weiterzuführen, bis zum Jahr 2020 den Schienenlärm im Vergleich zum Jahr 2000 zu halbieren.

Mit freundlichem Gruß



Jens Böhrnsen

(Bürgermeister)

Kopie an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr